

Rede von Dr. Hans-Ulrich Krüger zur 2./3. Lesung des CDU/CSU und SPD-Entwurfs eines Finanzmarktstabilisierungsgesetzes,
BT-Drs. 16/10600,
am 17.10.2008

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Auslöser für unsere heutige Diskussion - das kann nicht oft genug wiederholt werden - ist und bleibt die amerikanische Hypothekenkrise, die die Weltfinanzmärkte und damit auch Deutschland erschüttert hat. Es wurden Produkte, die an allen Bilanzen und Regeln vorbei nicht zu durchschauen waren, allein mit dem Ziel geschaffen, ungeheure Profite anzuhäufen.

Schlechte Darlehensforderungen wurden mit guten vermengt und mit erheblichem Profit als sogenannte Pakete verkauft. Durch unkalkulierbares Zocken und grobes Fehlverhalten ist diese Krise entstanden, von der Unternehmen, Rentnerinnen und Rentner, Handwerker, Beamte, Verbraucherinnen und Verbraucher, von denen der Mensch auf der Straße schlechthin betroffen ist, wenn er auf einmal keinen Kredit zu vernünftigen Konditionen mehr bekommt.

Deshalb stehen wir heute hier und werden in einer der gefährlichsten Finanzsituationen, die wir je hatten, Schaden von Deutschland abwenden. Die Große Koalition hat robust reagiert, um die zentrale Aufgabe zu erfüllen: die Wiederherstellung des Vertrauens zwischen den Marktteilnehmern.

Als letzte Instanz tragen wir dazu bei, dass sich Banken untereinander wieder trauen und ihre Aufgabe erfüllen. Dazu dienen die schon mehrfach angesprochenen 400 Milliarden Euro an Garantien und die zusätzlichen 80 Milliarden Euro. Aber jenseits dieser aktuellen Diskussionen - damit komme ich zu meinem Schwerpunkt - ist eines zu beachten: Es geht bei diesem Gesetz nicht - egal, wer etwas anderes sagt - um den Schutz der Banken und Manager, sondern um den Schutz der Bürgerinnen und Bürger. Für diese übernehmen wir mit diesem Paket Verantwortung in diesem Lande.

Außergewöhnliche Marktbedingungen machen außergewöhnliche Maßnahmen erforderlich. Aber mit dem Gesetz, um das es heute geht - darauf lege ich ebenso großen Wert -, enden unsere Bemühungen nicht. Nein, sie beginnen.

Jedem in diesem Hause muss bewusst sein, dass weitere Schritte folgen müssen, wenn wir eine neue, eine bessere Finanzarchitektur schaffen wollen.

Eckpunkte dieser besseren Finanzarchitektur sind:

Die Aufsicht über die Ratingagenturen muss international reguliert werden. Es ist nicht einzusehen, warum wir Europäer uns damit abfinden, dass es drei amerikanische „weltbeherrschende“ Ratingagenturen, aber kein europäisches Pendant gibt. Es müssen neue Transparenzpflichten für Risiken geschaffen werden. Jeder Finanzmarktakteur, der etwas anbietet, muss gleichzeitig eine eigene zu dokumentierende Risikoabschätzung beifügen. Kreditinstitute müssen Geld, das sie ausgeben - das gilt für jeden Euro und jeden Cent -, mit Eigenkapital unterlegen. Jedwedes Risiko muss innerhalb der Bilanz und darf nicht außerhalb der Bilanz dokumentiert werden.

Es ist bereits angesprochen worden, dass die Kontrolle über die Finanzmärkte zu verbessern ist. Selbstverständlich müssen wir auf europäischer und internationaler Ebene zusätzlich zu unserer guten nationalen Aufsicht, bestehend aus Bundesbank und BaFin, weitere Akzente setzen.

Eines vermag ich nicht einzusehen: dass Finanzmarktprodukte auf Dauer keiner Zulassungspflicht oder Ähnlichem unterworfen werden. Jedes Hustenmittel, das wir in einer Apotheke kaufen, hat umfangreiche Testreihen hinter sich. Warum nicht auch ein Finanzmarktprodukt, durch das ein Schaden in Milliardenhöhe angerichtet werden kann?

Wieso Leerverkäufe für das ordnungsgemäße Funktionieren einer Börse von Bedeutung sein sollen, ist und bleibt mir unerfindlich. Wir müssen auch bei Leerverkäufen ansetzen und darüber hinaus jeden Privatanleger so schützen, dass er, wenn er sich für ein riskantes Produkt entscheidet, genau weiß, welches Risiko er eingeht. Dieser Hinweis darf nicht mehr nur irgendwo im Kleingedruckten zu finden sein.

Ein weiterer Bereich, der geregelt werden muss und der das Gerechtigkeitsempfinden aller Menschen in diesem Land verletzt hat und nach wie vor verletzt, ist die Entwicklung der Managervergütungen, die in den letzten Jahren stattgefunden hat. Auch hier haben falsche Anreizsysteme dazu beigetragen, dass diese Krise so ist, wie sie ist.

In diesem Zusammenhang nur an die unternehmerische Ethik oder an das gesellschaftliche Verantwortungsgefühl zu appellieren, ist vielleicht ein bisschen naiv. Daher haben wir Sozialdemokraten schon vor Monaten eine Arbeitsgruppe gebildet, die intensiv die rechtlichen Möglichkeiten prüft, Managergehälter und Vorstandsbezüge zu regulieren.

An dieser Stelle möchte ich auch die persönliche Haftung von Vorständen und Aufsichtsräten erwähnen. Natürlich ist in verschiedenen Vorschriften des Aktienrechts eine normierte Haftung von Aufsichtsräten und Vorständen vorgesehen. Sie führt aber ein Schattendasein. Sie ist ein Mauerblümchen. Wir müssen durch eine Aktualisierung dieser Regelungen dafür sorgen, dass sich jeder Vorstand bewusst ist, dass er ein Risiko eingeht, wenn er sich seinen Aktionären gegenüber nicht verantwortlich verhält.

Einen anderen Aspekt möchte ich, obwohl er schon angesprochen worden ist, besonders hervorheben. Selbstverständlich erwarten wir, die Sozialdemokraten, dass sich die Bundesregierung auf europäischer Ebene dafür einsetzt - hier sind die Interessen des deutschen Steuerzahlers die gleichen wie die des irischen oder des englischen Steuerzahlers -, dass diejenigen, die diese Misere verursacht haben, das am Ende der Veranstaltung möglicherweise vorhandene Defizit ausgleichen, seien es die betroffenen Banken, die bei der Inanspruchnahme einer Garantie einen Garantiezins zu entrichten haben, sei es die Branche insgesamt. Wir müssen klipp und klar sagen: Wir wollen, dass beim Steuerzahler die schwarze Null verbleibt. Wenn das am Ende der Veranstaltung nicht der Fall ist, dann muss nicht der Steuerzahler, sondern dann müssen die Banken bzw. die privilegierten Institute das entstandene Defizit ausgleichen.

In diesem Zusammenhang bringt es nichts, Herr Kollege Gysi, mit vermeintlichen Kursachen zu operieren. Ich greife Ihr Beispiel von den Hedgefonds auf. Ja, es ist

richtig: Durch das Investmentmodernisierungsgesetz sind auch in der Bundesrepublik Deutschland - und ich bitte, diese Nuance zu beachten - regulierte Hedgefonds, die der Aufsicht der BaFin unterstehen, mit besonderen Regelungen des Anlegerschutzes und der Risikostreuung dem Privatanleger zugänglich gemacht worden. Warum? - Weil bis zum Jahre 2004 eine große Flut unregulierter Finanzmarktprodukte aus Europa - wir sind ja keine Insel - zu uns rüberschwappte. Daraufhin haben wir im Interesse des Schutzes der Verbraucher gesagt: Ja, wir bieten deutsche Hedgefonds an, aber diese müssen die eben von mir skizzierten eingezogenen Sicherheitsböden haben. Ich meine heute noch, dass das richtig war und richtig ist.

Lassen Sie mich daher ein Aperçu machen. Wir stecken in einer Finanzmarktkrise, die unser Land verunsichert. Mit diesem Maßnahmenpaket, meine Damen und Herren, haben wir die Chance, zukünftig den Menschen in diesem Land das Vertrauen in die Stabilität des Finanzmarktes zurückzugeben und zu dokumentieren:

Politik ist handlungsfähig, Politik ist handlungsstark, und Politik übernimmt Verantwortung, und zwar nicht im Interesse der Banken und der Manager, sondern im Interesse der Menschen in diesem Land.

Von daher bedanke ich mich herzlichst bei all denjenigen gerade im Bundesfinanzministerium, die praktisch rund um die Uhr - man kann fast schon „schlaflos“ sagen - dafür gesorgt haben, dass wir heute binnen kürzester Zeit diesen Bearbeitungsstand erreicht haben. Ich bitte um eine möglichst breite Unterstützung in diesem Hause für eine gute Zukunft in unserem Land.

Ich danke Ihnen.